

Heinz Timmermann

Ein selbstbewusster Partner der EU

Gerade hat Dima Bilan für Russland den 53. »Eurovision Song Contest« gewonnen. Ein gutes Omen, werden doch an die Beziehungen zwischen Europa und Russland große Erwartungen geknüpft, wenn sich auch manche Divergenzen abzeichnen. Worin liegen die Ursachen und wie sind die Perspektiven für die von Deutschland und anderen »Alteuropäern« anvisierte »strategische Partnerschaft«? Auch und gerade unter dem neuen Führungsduo Medwedew/Putin?

Anfangs ließ sich das 1994 unterzeichnete und 1997 in Kraft getretene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) EU-Russland von der Strategie enger Verflechtungen einschließlich der Bereitschaft Moskaus leiten, sich bei der Transformation seines politischen Systems und seiner Wirtschaftsordnung weitgehend europäischen Normen und Standards anzupassen. Später fasste die Sicherheitsstrategie der EU von 2003 »enge Beziehungen« zu Russland ins Auge, die sie als einen »wichtigen Faktor für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand« charakterisierte. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vom November 2005 schließlich heißt es: »Wir setzen uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für eine strategische Partnerschaft mit Russland ein« – eine Absicht, die von Kanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier bis heute wiederholt bekräftigt wurde.

Russland seinerseits verwies unter Jelzin ebenso wie unter Putin auf die historisch-kulturelle Verankerung des Landes in Europa. Anders als die Jelzin-Führung, die selbst eine EU-Integration Russlands nicht grundsätzlich ausschließen wollte, stellte die Putin-Führung indes klar: Zwar versteht sich Russland als untrennbarer Teil Gesamteuropas, nicht jedoch – wie die Länder »Zwischeneuropas« (Ukraine, Moldau und in wachsendem Maße auch Belarus) – als Teil des integrierten EU-Europa mit seinen Grundwerten. Dem heutigen Russland gilt die EU vor allem als vorrangige Quelle für wirtschaftliche Modernisierung und technologische Innovation in einem gesamt-



Heinz Timmermann

(* 1938) zuletzt Leiter der Forschungsgruppe Russland/GUS der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin; heute deren freier Mitarbeiter mit Wohnsitz in Köln.

tamtam2@web.de

ropäischen Wirtschaftsraum, nicht aber als Modell und Impulsgeber für politisch-gesellschaftliche Demokratisierung.

Angesichts der Vielzahl gemeinsamer Interessen und Interdependenzen kamen sich die Partner tatsächlich deutlich näher, gelang die Vertiefung ihrer mehrdimensionalen Beziehungen. Dazu zählen die geradezu explodierenden Bereiche Handel und Energie, die Kooperation und das Krisenmanagement im Zeichen universeller Geltung des Völkerrechts und eines effektiven Multilateralismus, Bekämpfung von Terrorismus und weicher Sicherheitsrisiken sowie nicht zuletzt die wachsende Zahl zivilgesellschaftlicher Partnerschaften. Zugleich zeichneten sich in jüngster Zeit jedoch auch Divergenzen in den jeweiligen Interessen ab, die durch die Unterschiede im Charakter der Partner sowie durch wechselseitige selektive Wahrnehmung und tiefwirkende Fehlperzeptionen noch zusätzlich zugespitzt wurden.

Beide Partner, die EU und Russland, durchlaufen einen schwierigen Prozess von Identitätssuche, Selbstfindung und Konsolidierung. Die EU gewann zwar globale politische Handlungsfähigkeit und

wurde zum weltweit stärksten Handelspartner sowie zum größten Auslandsinvestor. Recht unterschiedlich sind jedoch die Vorstellungen ihrer Mitglieder über die Finalität der Union insbesondere im Blick auf die nationale Souveränität. Die daraus folgende Begrenzung ihrer Handlungsfähigkeit wirkt sich negativ auch auf die EU-Russland-Beziehungen aus, wie exemplarisch das aufgrund spezifischer nationaler Interessen erfolgte Veto von Polen und Litauen gegen Verhandlungen über ein aktualisiertes PKA demonstriert.

Frage nach einer zukünftigen Identität

Auch in Russland ist die Frage nach seiner zukünftigen Identität unter den Eliten umstritten: Soll sich das postkommunistische Land zu einer eurasischen Hegemonialmacht, zu einer neoimperialen europäischen Macht oder zu einer postimperialen Nation mit engen Verflechtungen mit der EU entwickeln? Zugleich zeichneten sich unter Putin fundamentale Verschiebungen im internationalen Beziehungssystem und Machtgefüge zugunsten Russlands ab. Das Land hat die reaktive Politik der 90er Jahre hinter sich gelassen und ist zu einer eigenständigen, handlungsfähigen und selbstbewussten Großmacht gereift, die sich anders als zu Sowjetzeiten nicht von messianisch geprägten ideologischen, revolutionären, konfrontativen Vorstellungen leiten lässt. Statt dessen strebt Russland – wie seine aktive Rolle als G8-Mitglied unterstreicht – die gleichberechtigte Integration in das globale politische und wirtschaftliche System an, wobei es als wichtigsten Einflussfaktor nicht wie früher seine Militärmacht wahrnimmt, sondern seine zivile Macht in Form umfangreicher Energieexporte. In diesem Kontext profiliert sich Russland gegenüber der EU anders als in der Jelzin-Periode als Partner, der auf gleicher Augenhöhe auftritt. Moskau verurteilt daher

von außen artikulierte Kritik an seinen inneren Verhältnissen als unzulässige Einmischung mit dem Ziel, Russland zu schwächen und in seine frühere Abhängigkeit vom Westen zurückzudrängen.

Probleme und Chancen der Partnerschaft

Anders als die USA und einige EU-Neumitglieder Ostmitteleuropas ist die Union jedoch keineswegs an einer Kalten-Kriegs-Denkmustern verhafteten Schwächung Russlands interessiert, wie Außenminister Steinmeier betonte. Das Gegenteil sei der Fall: »Europa braucht ein handlungsfähiges Russland, damit wir gemeinsam Herausforderungen in einer globalen Welt bewältigen können.«

Zwar hat sich Russland im PKA sowie als Konsequenz seiner Mitgliedschaft in der OSZE und im Europarat zur Realisierung solcher europäischer Grundwerte und Prinzipien verpflichtet, wie sie im Rest Europas verstanden werden, beruft sich dabei jedoch auf eigene Traditionen. Aus Sicht der EU bestimmt indes der Charakter des russischen Systems ganz wesentlich Grad, Qualität und Nachhaltigkeit der Partnerschaft. Der Verweis auf europäische Grundwerte kann nicht mit dem Aufdrängen eigener Modelle gleichgesetzt werden, wie es unter den Moskauer Eliten häufig wahrgenommen wird (die EU, so Putin, als »normatives Imperium«).

Tatsächlich ist die Moskauer Führung jedoch nur in Grenzen bereit, sich an europäischen Werten und Normen zu orientieren. Im Gegenteil: Im Zeichen der Ideologie der »souveränen Demokratie« grenzt sich das zunehmend zentralistisch ausgerichtete System des bürokratischen Autoritarismus von normengeprägten auswärtigen Einflüssen deutlich ab. Statt dessen orientiert es sich an den von seiner Führung definierten spezifischen historisch-kulturellen Traditionen und Werten Russlands.

Als Kern und Triebkraft der strategischen Partnerschaft zwischen EU und Russland und Impulsgeber für wechselseitige Verflechtung und Interdependenz gilt beiden Seiten die Wirtschaft. So gehen 57 % der Exporte Russlands in die EU und immerhin 6 % der EU-Exporte nach Russland. Rund 70 % aller Auslandsinvestitionen in Russland stammen aus der EU; umgekehrt sind die Investitionen Russlands in Europa zwar noch relativ gering, zeigen aber rasch steigende Tendenz. Sollten die Interdependenzen in einem allmählichen Prozess sämtliche Wirtschaftszweige erfassen und gemeinsamen Regeln entsprechen, so könnte Russland nach dem Romano-Prodi-Motto »Alles außer Institutionen« perspektivisch zu seinem Präferenzpartner bei der Wirtschaftsmodernisierung in ein Verhältnis treten, das demjenigen Norwegens im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraums (EU plus Rest-EFTA) gleicht.

Allerdings sind jüngst auch auf wirtschaftlichem Felde Probleme in den EU-Russland-Beziehungen entstanden, darunter bei wechselseitigen Investitionen in strategischen Bereichen sowie insbesondere auf dem Energiesektor. Russland gilt, wie deutsche und europäische Politiker und Experten häufig betonen, seit Sowjetzeiten zwar als zuverlässiger Energielieferant; gegenwärtig fließen seine Energierohstoffe zu 70 % nach Europa, und umgekehrt bezieht die EU 30 % ihres Erdöls und 50 % ihres Erdgasbedarfs aus Russland. Gleichwohl haben die »Energiekriege« Moskaus mit den Transitländern Ukraine Anfang 2006 und ein Jahr darauf mit Belarus in der Wahrnehmung der Europäer das Image und die Reputation Russlands als verlässlichen Energielieferanten beschädigt. Hinzu kommt, dass sich seine Führung bislang weigert, die Energiecharta samt Transitprotokoll zu unterzeichnen, welches das russische Pipelinesystem ausländischen Nutzern öffnen soll.

Im Blick auf Zwischeneuropa bildet

sich eine scheinbar paradoxe Situation heraus. Angestoßen durch die 2002 eingeleitete ENP und die folgenden »Energiekriege« mit Moskau, wurde der Ukraine, Moldau und selbst dem scharf autoritären Lukaschenko-Regime in Belarus zunehmend bewusst: Mit dem Näherrücken der EU gibt es für sie in der Region einen machtbalancierenden Faktor und sogar eine Alternative zu Russland als ihrem bisher zentralen Bezugspunkt. Die Annäherung der Länder Zwischeneuropas an die EU wird in Moskau als geopolitisches Ausgreifen in die russische Einflussosphäre gewertet, nicht aber als Ergebnis der Anziehungskraft der Union. Tatsächlich jedoch geht es der Union, wie die Beitrittsverweigerung zeigt, keineswegs um die Eingliederung dieser Länder in ihren Integrationsverbund. Vielmehr richtet sich ihr Bestreben darauf, an ihrer östlichen Flanke politisch stabile, wirtschaftlich prosperierende, rechtsstaatlich verfasste und damit berechenbare Partner zu wissen.

Strategie des unsichtbaren Wertetransfers

Vor diesem Hintergrund hat die EU nur geringe Möglichkeiten, den demokratischen Wandel in Russland als Voraussetzung für dauerhafte strategische Partnerschaft zu beeinflussen. Ein Grund hierfür liegt darin, dass sich die Moskauer Führungseliten seit der Rückkehr Russlands als Großmacht energisch gegen entsprechendes Einwirken von außen wehren und dass zugleich die Menschen unter »Freiheit« mehrheitlich soziale Gerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz verstehen, weniger jedoch Freiheit der öffentlichen Artikulation und des politischen Mitwirkens. Ein zweiter Grund liegt in unterschiedlichen Strategien innerhalb der EU selbst, die sich zugespitzt als Strategie des *containment* bzw. als Strategie des *engagement* charakterisieren lassen. Die »Neueuropäer«

mit Polen und den baltischen Staaten als profiliertesten Vertretern der ersten Richtung erwarten, dass einer nachhaltigen Partnerschaft mit Russland die Übernahme demokratischer Prinzipien vorausgeht.

Deutschland und die Mehrheit der »Alteuropäer« dagegen als Vertreter der zweiten Richtung sehen zwar auch wenig Sinn in einer der Partnerschaft zugrunde liegenden »partiellen und seelenlosen Interessenkoordinierung« (Gernot Erler) ohne Bezug auf europäische Werte. Anders als die »Neueuropäer« stellen sie deren Verwirklichung jedoch nicht als Bedingung, sondern setzen auf einen unsichtbaren Wertetransfer, angestoßen durch enge politische Interaktion, soziale Differenzierung mit der Herausbildung einer selbstbewussten Mittelklasse in Russland, durch internationale wirtschaftliche Verflechtung und durch eine Vielzahl internationaler zivilgesellschaftlicher Partnerschaften jenseits der gouvernementalen Ebene. »Annäherung durch Verflechtung« lautet das entsprechende Konzept des Berliner Auswärtigen

Amts in bewusster Anlehnung an die Strategie vom »Wandel durch Annäherung«, wie es unter anderen Bedingungen einst mit der Ostpolitik von Egon Bahr entwickelt und von Willy Brandt erfolgreich umgesetzt wurde.

Weder Medwedew noch Putin wollen in die Geschichte als Führungsfiguren eingehen, die »Europa für Russland verloren haben«. So ist damit zu rechnen, dass die Moskauer Doppelspitze, sofern sie denn zusammenhält, auch in Zukunft den Beziehungen zur EU einen hohen Rang einräumen und den Kurs auf wechselseitige Verflechtungen fortführen oder nach Impulsen des neuen Präsidenten sogar intensivieren wird. Die bevorstehende Ausarbeitung eines PKA-Folgevertrags könnte dazu beitragen, Misstrauen und Perzeptionsdifferenzen abzubauen, gemeinsamen Projekten einen profilierten Rahmen zu geben und damit den besonderen Charakter der EU-Russland-Beziehungen bei der Bildung eines »Größeren Europa« zu unterstreichen.

Roland Götz

Energieexporte als außenpolitisches Instrument?

Die weiterbestehende Abhängigkeit vieler Staaten von fossilen Energierohstoffen und das große Potenzial Russlands auf dem Gebiet Erdöl und Erdgas befördert die Angst, Moskau könne bei Bedarf »Energie als Waffe« einsetzen. Eine Reihe von Gründen spricht dagegen.

Roland Götz

(*1943) ehem. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

roland.goetz1@gmx.de



Russland ist nicht nur das flächengrößte, sondern auch das mit Bodenschätzen aller

Art am besten ausgestattete Land der Welt. Neben Metallerzen und Uran verfügt es insbesondere über erhebliche Vorkommen an Erdöl, Erdgas und Kohle. Obwohl Russlands Erdölvorkommen rund 10 Prozent der Weltvorkommen betragen, stellen sie kein entscheidendes Gegengewicht gegen die wesentlich höheren Vorräte im Nahen Osten dar, weil bei Erdöl der Weltmarkt zählt. Dagegen hat Russland durch seine Verfügung über rund ein Drittel der Welt-